

Erklärungen Ribots.

Paris, 22. Mai.

Unter starker Beteiligung der Abgeordneten ist die Kammer in ihrer Eröffnungssitzung in die Besprechung der eingebrachten Interpellationen, etwa 40 an der Zahl, eingetreten.

Bei der Verhandlung mehrerer Interpellationen zur letzten Offensive erklärte Ministerpräsident Ribot: Man hat sich übertriebene Hoffnungen gemacht. Es sind Fehler in der Ausführung vorgekommen, aber man darf die Ergebnisse weder vergrößern noch verkleinern. Niemals waren die französischen und die englischen Soldaten bewundernswürdiger, niemals haben sie die deutschen Massen besser in Schach gehalten. Die Regierung hat Strafen für nötig gehalten und im Oberbefehl Wendungen herbeigeführt, um alles, was nicht mit militärischen Maßnahmen im Zusammenhange steht, aus dem Wege zu räumen. Kriegsminister Painlevé arbeitet mit dem Heeresauschuss. Ich bitte die Kammer, die Beendigung dieser Arbeiten abzuwarten, bevor die Interpellationen verhandelt werden.

Die Besprechung der Interpellationen Renaudel und Maïrat über die russische Revolution und den Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg hat der Ministerpräsident auf unbestimmte Zeit zu vertagen, da

die französische Regierung von der russischen Regierung zu Besprechungen eingeladen worden sei.

Wir haben — fuhr Ribot fort — mit unverhülltem Mitgefühl die Entwicklung der russischen Revolution verfolgt. Wir besitzen Verständnis für die Schwierigkeiten, auf die die aus hervorragenden und tapferen Männern bestehende russische Regierung gestoßen ist; denn sie ist auch anderen Einflüssen unterworfen, die ihre Tätigkeit erschweren und die Gesetzmäßigkeit begünstigen. Diese mutigen Männer haben Erklärungen abgegeben, die uns voll befriedigen, da sie vor allem in der Armee strengste Manneszucht herstellen wollen. Denn das ist eine Daseinsfrage für das russische Volk. Wir werden am Freitag auch die Frage des U-Boot-Krieges besprechen und wir werden uns so bald wie möglich mit den Lebensmittelfragen beschäftigen. Gesundheitsminister Biette wird der Kammer offen die Schwierigkeiten der Lebensmittelversorgung darlegen.

Großes Aufsehen verursachte die Verlesung eines Telegramms durch Ribot, das der russische Minister des Aeußern an den Ministerpräsidenten gerichtet hat und worin es heißt, daß Rußland Frankreich nicht vergessen werde und daß es die bewundernswürdigen Anstrengungen des französischen Volkes seien, die die feindlichen Massen nach dem Westen jögen und die beim Wiederaufbau der russischen Kräfte helfen. Bei der Verlesung des letzten Satzes erscholl lebhafter Beifall.

Ribot fügte hinzu: Ich nehme für mein Land diese Worte des Vertrauens und Dankes an. Ja, wir gehen Hand in Hand mit dem treugebliebenen Rußland. Bei ihm wird ein Sonderfrieden niemals in Frage kommen. Der russische Minister hat den Sophismus richtig gekennzeichnet, mit dem Deutschland die Formel „ohne Annexionen und Entschädigungen“ mißbraucht, in der Absicht, die uns ehemals entzissenen Provinzen für sich zu behalten. (Allgemeiner wiederholter Beifall.) Deutschland hat den Krieg gewollt. Der Schuldige ist nicht bei uns, sondern dort. Wir werden Wiedererstattungen verlangen. Es werden keine Annexionen sein, sondern sie werden auf Recht und Gerechtigkeit gegründet sein und ein Zeugnis ablegen von der Barbarei, mit der weitere besetzte Gebiete behandelt worden sind. „Friede ohne Schadenersatz — das wird Rußland nicht sagen. Aber es wird sich nicht um Kriegsentschädigungen handeln, die man als Strafe auferlegt. (Allgemeiner Beifall, besonders bei den Sozialisten); es handelt sich um eine Sühne, um ein Werk der Gerechtigkeit. Die ganze Welt wird einen Gerichtshof bilden.

Ein russischer General hat mit Recht gesagt, daß es lächerlich ist, bestimmte Vorschläge über einen Frieden ohne Eroberungen zu machen, während die Deutschen noch Teile von Frankreich, Rußland, Belgien und Serbien besetzt halten. Die russische Demokratie — Herrin ihres Geschicks — hat laut erklärt, daß sie den Krieg kraftvoll führen will, daß sie nicht von Eroberungsgeiste geleitet ist, sondern für die Freiheit kämpft. (Beifall.) Wir werden den Kampf nicht im Geiste von Eroberungen und Annexionen fortführen, sondern um das wieder zu nehmen, was unser war. Ich wiederhole, daß Frankreich kein Volk unterdrücken will, nicht einmal die Völker seiner Feinde, denn es anerkennt die Freiheit aller Völker. Frankreich wird am Tage des Sieges nicht Raube schreien, sondern Gerechtigkeit. (Beifall, besonders bei den Sozialisten.)

Es kommt vor allem darauf an, daß der Frieden von Dauer ist. Der Abbruch des Krieges dauert schon zu lange. Wir müssen daher den Militärdespotismus vernichten. An dem Tage, an dem das deutsche Volk das einsehen wird, wird der Frieden leichter zu erreichen sein. Das ist es, was die Russen und wir immer wieder sagen. Es liegt unseren Demokraten am Herzen, daß das russische Heer wieder in die Hände seiner Führer kommt und seinerseits eine Offensive unternimmt, während die Vereinigten Staaten sich vorbereiten, uns einzuigen

Bogen ihre ersten Divisionen zu schicken, denen weitere Divisionen folgen werden. Möge Rußland seine Pflicht tun und wir werden weiter nichts zu befürchten haben. Unsere Feinde werden ihre Hoffnungen zerstört sehen. Sie werden vielleicht um Frieden bitten, nicht scheinheilig, wie heute, mit falschen hinterlistigen Mitteln, sondern offen und unter Bedingungen, die Frankreich würdig sind. Und wenn man nicht um Frieden bittet, werden wir ihn zu erzwingen wissen.

Die energischen Erklärungen Ribots riefen auf allen Bänken größtes Aufsehen hervor und wekten stürmischen Beifall, auch bei den Sozialisten.

Nach der Rede Ribots setzte die Kammer die Besprechung der den U-Boot-Krieg betreffenden Interpellationen auf Freitag fest.

Deputierter Renaudel willigte ein, daß seine Interpellation über die Kriegsziele verschoben werde.

Sobann setzte die Kammer die Besprechung der Interpellation über die Absichten der Regierung betreffend die Franzosen, die zur internationalen Zusammenkunft nach Stockholm gehen wollen, auf den 1. Juni fest. Auch die Besprechung über die militärische Politik wurde auf den 1. Juni festgesetzt. Die Erörterung der Einkommensteuer wurde an die Spitze der Tagesordnung gestellt.